

Krakauer Zeitung.

Nr. 230.

Dinstag, den 7. October

1862.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Seite für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stämpelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Einladung zur Pränumeration auf die

„Krakauer Zeitung“

Mit dem 1. October 1862 begann ein neues vierjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1862 beträgt für Krakau 4 fl. 20 kr., für auswärts mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärts mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächstgelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 29. September d. J. dem Civil-Polizeiwachmann Franz Bütinger in Linz, dem Goldarbeiter Johann Gieselbreth und dem Bildhauer Joseph Mint in Linz, in Anerkennung der mit eigener Lebensgefahr vollbrachten Rettung mehrerer Menschenleben bei der im Monate Februar d. J. stattgehabten Überchwemmung, jedem das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Wichtamlischer Theil.

Krakau, 7. October.

Die gestern aus Paris telegraphisch gemeldete Mitteilung der „France“ über ein Einverständniß Garibaldi's mit England liegt uns heute vollständig vor. Die „France“ theilt als „höchst beachtenswerth“ mit, daß Garibaldi an seine Uhänger eine Adresse des Inhalts geschickt habe, Italien werde nur noch sein Heil im Schutze Englands finden; er selber habe sich mit den englischen Agenten über die römische Frage geeinigt. Diese Einigung habe zum Zweck, England zu bestimmen, daß es Frankreich erkläre, es, England, könne nicht länger einen Theil des italienischen Bodens von Frankreich allein besetzt lassen. Er werde deshalb bis zur Räumung Rom's durch die Franzosen Sizilien besiegen. Es hänge, wie „La France“ sagt, diese Combination mit alten Projecten des englischen Churzeizes zusammen. Es würden außerdem jetzt schon alle mineralischen Schätze dieser Insel von Engländern ausgebaut und dieselbe gegenwärtig nach allen Richtungen von englischen Agenten bereist. Wir zweifeln sehr, ob die „France“, daß die britische Regierung, trotz ihrer Uebergriffs-Bündenzen, so leicht diesen Aufreizungen nachgebe. Wenn man jedoch mit dieser Nachricht die vielen Meetings, die angeblich in England stattfinden, die Proclamationen Garibaldi's und Mazzini's und die geheimnisvolle Mission des Dr. Partridge zusammenhält, so kann man nicht umhin von all den Arzichten betroffen zu sein, welche die vollkommenste Alianz zwischen der Actionspartei in Italien und den englischen Interessen vorrathen.

Das französische Evolutions-Geschwader, welches sich gegenwärtig auf der Rhede von Genoa befindet, wird in einigen Tagen nach Boulogne zurückkehren, um aber, wie die „Opinion Nat.“ meldet, sogleich wieder nach einem bisher noch nicht bekannten Bestimmungsort abzufegen.

Bekanntlich ließ Russland in der That noch vor der Anerkennung Italiens in Turin den Wunsch aussprechen und den Rath ertheilen man möge Franz II. sein Privatvermögen ungeschmälert hinausgeben, und wie man wissen will, hätte Rattazzi diese Anerkennung (bon offices) im Prinzip nicht abgelehnt, sondern bloß den geeigneten Moment abwarten zu wollen erklärt. Nun, da die Anerkennung von Seiten Russlands bereits erfolgt war, ließ man durch den Grafen Stadler, der K. B. hängt die Sache davon ab, ob Franz II. in Rom und sozusagen an den Thoren Neapels bleibt, oder ob er sich ins Ausland begibt, in welchem Falle

Gelegentlich der Vermählung der sardinischen Prinzessin mit dem König von Portugal ist unter dem Titel „Le mariage et l'avenir de Portugal“ eine Broschüre erschienen, deren Verfasserin die Prinzessin Maria-Solms-Bonaparte sein soll, und in welcher auf eine demnächstige Umgestaltung der Verhältnisse auf der iberischen Halbinsel in Folge jener Heirat hingewiesen und dargethan wird, daß die Vergangenheit Portugals ihm eine hohe Mission in jenem Theile Europas anweise.

Die (bereits erwähnte) Adresse Garibaldi's an die englische Nation ist ein überaus phantastisches Machwerk ohne alle Bedeutung. Wir wollen zum Beweise nur einige Stellen daraus citiren. Garibaldi ruft den Engländern zu: „Verfolget ruhig Euren Weg und zögert nicht, die Schwesterationen auf den Weg des Fortschritts zu rufen. Erlasset einen Ruf an die französische Nation, auf daß sie mit Euch zusammenwirke. . . . Sagt ihr, daß heutzutage die Erbüberungen eine Verirrung, der Aussluß sinnloser Menschen sind. Und weshalb sollten wir fremde Länder erobern, da wir Alle Brüder sein sollen? Rufe die französische Nation und stößt Euch nicht daran, daß sie für den Augenblick unter der Herrschaft des bösen Geistes ist. Sie wird zur gehörigen Zeit antworten, wenn nicht heute, so morgen; wenn nicht morgen, so später. Rufe unverzüglich die mächtigen Söhne der Schweiz und drückt sie für immer an Euer Herz. Die kriegerischen Söhne der Alpen, die Pestalinen des heil. Feuers der Freiheit des europäischen Continents werden die Euren sein. Und was für Alliirte! Rufe die große amerikanische Republik; sie kämpft heute für die Abschaffung der Sklaverei. Helfet ihr aus dem Kampfe hervorgehen, in welchen sie von Jenen, die mit Menschenfleisch handeln, gestürzt wurde! etc. Garibaldi nennt im weiteren Verlaufe seiner Adresse das Papstthum „eine abscheuliche Ungeheuerlichkeit“ und will, England möge die Schritte zu einem „Welt-Kongresse“ thun, welcher die Zwistigkeiten zwischen den Nationen glücken und einen ferneren Krieg unmöglich machen würde!

Die „Times“ bespricht heute den Aufruf Garibaldi's an die englische Nation. Nachdem ja die Bemerkung vorausgesetzt hat, daß man an dem allerdings bombastischen Tone, der an die Seiten des französischen Convents erinnere, keinen allzu großen Anstoß nehmen werde, geht sie auf den Inhalt ein und gelangt zu folgendem Schlusse: „Sollen wir,“ sagt sie, „weil in 3½ Jahren noch nicht Alles vorüber ist, weil der älteste Herrscherthron der Christenheit, nachdem man ihm fast Alles geraubt hat, nicht vollständig umgestürzt ist, in die Schmähungen auf den Kaiser der Franzosen einstimmen und die Demokraten der alten und neuen Welt, die uns beide in gleichem Maße hassen, herbeirufen, um einen Mann zu ärgern, welcher zu den Haupt-Befreiern Italiens gehört? Ferne sei eine solche Art der Einigung von uns, selbst wenn wir uns gegenwärtige Politik der Einheitsfamilie aufzäubern. Wir wollen hoffen, daß, wenn Garibaldi Kraft der so eben verheizten Amnestie wieder frei geworden ist, er über die Ereignisse während des letzten Theiles seiner Laufbahn reislich nachdenken und sich zu einer neuen für sein Vaterland erträglicher Thätigkeit dadurch vorbereiten wird, daß er sich von den phantastischen Einfällen und verderblichen Rathschlägen, die zu dem neulichen Missgeschick geführt haben, lossagt. Thut er das, so kann er vielleicht später einmal nach Vollbringung einer That schäferer Vaterlandsliebe, als der Feldzug von Aspromonte, das englische Volk mit nüchterner Veredsamkeit anreden.“

Die Amnestie Garibaldi's war der Turiner Regierung geradezu abgedrungen. Die Schwierigkeiten eines Prozesses würden geradezu unlösbar gewesen sein, da der General-Procurator des Cassationshofes von Mailand in einer Conferenz mit Rattazzi erklärt hatte, der Hof könne die Aufforderung des neapolitanischen Cassationshofes nicht als legitim anerkennen und müsse sich daher hinsichtlich der Bestimmung der Assisen incompetent erklären. Um den Prozeß vor einem neapolitanischen Gerichtshofe anhängig zu machen, würde man, trotz des Cammarosa'schen Belagerungszustandes, schwerlich für gerathen halten.

Im Neapolitanischen wächst der Brigantaggio in furchtbarer Weise. Die Banden werden immer zahlreicher und läuher und die gegen sie entsenden piemontesischen Truppen kämpfen zur Vertheidigung, nicht zum Angriff, und ziehn häufig den Kürzeren. Der Haß des Gegners Piemont's nimmt täglich zu, andererseits haben die Sympathien der Ortsgemeinden und Nationalgarden, wo sie überhaupt für die piemontesische Regierung existieren, seit Aspromonte aufgehört; sie ziehen es vor, sich durch geheime Unterstützung der Briganten Leben und Eigentum zu sichern, und biegnen liegt der Grund, aus dem die piemontesische Verwaltung sich zur Auflösung so vieler Municipien, zur Entwaffnung der Bevölkerung u. u. veranlaßt sieht. Die Frostigkeit der neapolitanischen Zustände wird sogar von militärischen Blättern zugegessen und als eine große Gefahr für die Regierung in Turin dargestellt.

Die dänische Regierung, schreibt man dem „Bo-

schaster“ aus Kopenhagen, hat bezüglich einer Beantwortung der Noten der deutschen Mächte noch keine Entschlüsse gefaßt und es ist nicht daran zu denken, daß diese Beantwortung sobald erfolge. Soviel aber dürfte ziemlich gewiß sein, daß die Antwort auf das österreichische Memorandum nicht bloss der Form, sondern auch dem Inhalte nach anders, und zwar verhältnißmässig entgegenkommender, lauten wird, als diejenige auf die preußische Note. Dass aber eine Fortsetzung des bisherigen Notenwechsels überhaupt um keinen Schritt weiter fördert, ist man hier vollkommen überzeugt, und wird daher, mit Berufung darauf, daß die deutschen Mächte die schleswig-holsteinische Frage insbesondere belonen, diese aber keine reindeutsche Angelegenheit sei, sich an die Großmächte wenden. Wegen der Abneigung Österreichs gegen einen europäischen Kongress wird man indes nicht eine Intervention der Mächte in dieser Form beantragen, sondern sich darauf beschränken müssen, daß die Mächte ihre Ansicht über die Angelegenheit in Gestalt von Circularpeperchen oder in einer sonstigen entsprechenden diplomatischen Form aussprechen. In ähnlicher Weise ist bekanntlich auch das Londoner Protocol zu Stande gekommen.

Zwischen Griechenland und der Türkei sind die diplomatischen Differenzen im Wachsen begriffen. In Serbien kommt es zu vereinzelten, aber häufigen Conflicten zwischen Türken und Serben; das Volk ist mit den von der Pforte gestellten Friedensbedingungen durchaus nicht einverstanden.

Die „Bayerische Zeitung“ veröffentlicht die Depesche des k. bayerischen Staatsministers Freiherrn von Schreiber an den k. Gesandten v. Montgelas in Berlin vom 23. September 1862, den Handelsvertrag mit Frankreich betreffend. Das umfangreiche Schriftstück entwickelt mit vieler Schärfe und Bestimmtheit die zahlreichen Bedenken, welche sich der königlich-bayerischen Regierung gegen den Handelsvertrag aufgedrängt haben, indem es dabei namentlich auf die Vertragsverhältnisse zwischen dem Zollverein und Österreich, wie sie durch den Art. 25 des Februarvertrages normirt wurden, den Ton legt. Daß die Frage des Verhältnisses zu Österreich für den Zollverein eine Rechtsfrage sei, über welche keinem Theile zusteht, einseitig abzuurtheilen, wird auch den natürlichen preußischen Ausführungen gegenüber hervorgehoben und gleichzeitig auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des neuesten Schrittes Österreichs, des Anerbietens der Zollvereinigung hingewiesen.

Wie aus München geschrieben wird, ist von der Zusammenkunft grossdeutsch gesünster Abgeordneter in Frankfurt a. M. nach den Intentionen der bayerischen Kammermitglieder ein Anschluß an die am Bundesstag in Anregung gebrachten Reformpläne zu erwarten, insbesondere beabsichtigt Freiherr v. Lerchenfeld die Delegierten-Versammlung als die den dermaligen Verhältnissen allein entsprechende Vertretung der Nation bei der Bundesbehörde zu bevorworten.

Die U. U. B. enthält in einer Correspondenz aus Sachsen einige interessante Mittheilungen über Herrn Hansemann und seine Tactik. „Hr. Hansemann“, heißt es dort, „hofft den Vorfall am Handelsstag zu erlangen. Dies kann ihm jedoch nur dann gelingen, wenn sein Votum ein scheinbar freies ist. Darum bedarf er zunächst einer vorläufigen unparteiischen Halzung. Bekommt er jedoch die Leitung der Geschäfte, so wird er dieselben Fragen auf die Tagesordnung stellen, und da er als Hauptagitor für den Vertrag und gegen Österreich bekannt ist, dabin wirken, daß sie in seinem Sinn erledigt werden. Damit die Gegner des Vertrags sich nicht auf das Eis führen lassen, erscheint es als geboten, diese Tactik zum Voraus bekannt zu geben.“

Die nüchternen Reden des Herrn von Bismarck-Schönhausen und sein offenerherziges Bekenntnis, daß er eine Lösung der deutschen Frage durch Eisen und Blut für nöthig halte, haben selbst in den entschieden grosspreußisch gesinnten Blättern die schwersten Bedenken wach gerufen. Selbst jene Journale, denen die Idee der preußischen Führung Deutschlands und nöthigfalls die Annexion diverser kleiner Staaten ganz praktisch scheint, schrecken vor der cynischen Weise zurück, mit welcher der preußische Ministerpräsident die geheimen Gedanken seiner Politik enthüllte. Soll si die „Schles. Ztg.“, diese zähe Schleppträgerin der preußischen Hegemonie, hält sich über die fragliche Rede auf und äusser schwere Beforgnisse, „Kein späteres Dementi, sagt sie, das sicherlich verlangt und gegeben werden wird, wird diese Eindrücke abschwächen und Niemand wird es uns außerhalb glauben, daß Herr von Bismarck und sein Redakteur verhaftet. Gegenwärtig aber sind

mark mit seiner Methode, Deutschland zu reformiren, bei uns zu Lande durchaus einsam dasteht und von allen, allen Parteien verlassen, deavouirt oder im entscheidenden Moment im Stiche gelassen wird.“ Das Dementi ist bereits durch die „Sternzg.“ erfolgt. Die offiziöse Zeitung gibt sich alle erdenkliche Mühe, an der Rede von Bismarcks zu drehen, zu wenden und zu deuten, vermag jedoch den ersten Eindruck sicher nicht abzuschwächen.

Der Berliner Correspondent der „D. A. Z.“ glaubt, daß Herr von Bismarck-Schönhausen durch ein einziges Wort in Compiegne eine Verminderung des preußischen Heeres um 100,000 Mann ermöglicht hätte, anstatt daß es jetzt um fast so viel vermehrt werden soll. Dieses Wort beträfe das Kind von Frankreich; keine Garantie, aber eine Neuherung der Anerkennung, des Nichtsagegegenhabens, oder welche Form der Nichtabgeneigtheit gewählt worden wäre, hätte Preußen den treuesten, zuverlässigsten Aliierten geschenkt und die ganze Franzosenfurcht gründlich vernichtet. Dieses Wort ist nicht gefallen; ob es noch jetzt rechtzeitig käme und gleiche Aufnahme fände, wisse man nicht.

Die „Morn.-Post“ hofft sehr wenig von den deutschen Einheitsbestrebungen. Sie bemerkt unter Anderem: „Die Schluss-Resolution der ersterbenden Versammlung deutscher Volksvertreter in Weimar zeigt in recht anschaulicher Weise, wie außerordentlich unpraktisch die Deutschen in ihren politischen Erörterungen sind. Die Volksvertreter trennen sich mit der einfachen Erklärung, daß Deutschland sich aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat verwandeln müsse, und geruhnen gar nicht anzudeuten, wie eine ungeheure Veränderung durchgeführt werden solle. Wir thut vielleicht ihrem Schärfschliff kein Unrecht an, wenn wir zweifeln, ob ein so ganz und gar irdischer Punkt, wie der modus operandi, ihnen überhaupt in den Sinn kam.“

† Krakau, 7. October.

Die „Gazeta Narodowa“ ergiebt sich in einer ihrer letzten Nummern unter der Aufschrift „Reaction“ über die constitutionellen Zustände Galiziens und bemerkt, daß während man fast überall über Reaction klagt, dieses Uebel in unserem Lande entweder noch nicht besteht, weil — nach dem Dafürhalten der „G. N.“ — sich der gegenwärtige Zustand von dem vorconstitutionellen beinahe gar nicht unterscheidet, oder es sogar zu wünschen ist, daß jene Verfügungen die hier und da der Constitution wegen gemacht werden wollen, rückgängig gemacht werden. Zur Illustrirung der letzteren Angabe beruft sich diese Zeitung auf die städtischen Gemeindevertretungen die sich nach den anticonstitutionellen Vorchristen ergänzen wollen, durch die Constitution aber daran gebindert werden, indem man sie auf die neue Gemeindeordnung warten läßt die kaum in einigen Jahren ins Leben treten dürfte, während wegen Mangel an vollständigen Vertretungen, bei den Magistraten ungehindert Mißbräuche geübt werden.

Wir erlauben uns die „G. N.“ eines Anderen zu belehren. Die städtischen Gemeindevertretungen ergänzen sich, so oft in denselben durch Tod oder Austritt der Mitglieder, Lücken entstehen und der vertretende Körper beschlußfähig werden könnte, u. z. durch wahlberechtigte Bewohner nach dem noch immer in Kraft bestehenden Gesetze vom Jahre 1792 und dieses Verfahren wird — was wir zur Beruhigung der „G. N.“ versichern können — auch ohne Hilfe einer Reaction so lange dauern bis die neue Gemeindeordnung etwas Anderes darüber vorschreibt. Unsres Wissens hat die Regierung nur in Stanislau eine neue Wahl der Gemeindevertretung nicht gestatten wollen, u. z. nicht deswegen weil solche nach dem erwähnten anticonstitutionellen Gesetze sondern weil solche nach dem Gemeindegesetz vom Jahre 1849 das in Galizien nie-mals Gültigkeit hatte, bewirkt werden wollte.

In dem nämlichen Artikel kommt die „G. N.“ auch auf die gegenwärtige Pressordnung zu sprechen und findet — was bei einem so entschieden freisinnigen Blatte Niemand glauben möchte — die vorconstitutionellen Zeiten viel besser als das nach dem Vorbilde aller freien Staaten auch bei uns eingeschaffte Repressiv-System. „In früheren Zeiten“, sagt die „G. N.“ — wo das Press-Bureau in dem ihr zur Censur vorgelegten ersten Zeitungsabdruck die gesetzwidrigen Stellen gestrichen oder den Redakteur darauf aufmerksam gemacht hatte, fügte sich der letztere in diese Präventiv-Maßregel und hatte Ruhe, demgegenüber der Strenge der beständigen Gesetze wurde keine politische Zeitung verboten oder nur suspendirt, und kein Redakteur verhaftet. Gegenwärtig aber sind

bereits drei Zeitungs-Redacteure (Kaczkowski, Stupnicki und Koscielny) zu Gefängnißstrafen verurtheilt worden, und drei andere (d'Urbancourt, Czerny und Rewakowicz) befinden sich in Untersuchungshaft.

Was hier die „G. N.“ sagt, ist leider wahr, findet aber glücklicher Weise nur auf einen gewissen Theil der Presse Anwendung, nämlich auf jenen der nur unter einem absoluten Regime unschädlich sein kann. Die Freiheit ist nur für Besonnene eine Wohlthat und verlangt Selbstherstellung. Das wohlthätige Feuer wird in der Hand Unbesonnener ein verheerendes Element. Die „G. N.“ hat — ohne es vielleicht zu wollen — diesem Theil der Presse, der wahrscheinlich noch viele Opfer zu beklagen haben wird — das Unfähigkeitsszeugnis bei einer Pressefreiheit zu bestehen, ausgesertigt.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Bekanntlich ist zwischen den beiden Häusern des Reichsrathes bezüglich des Pressegesetzes und der Strafgesetz-Novelle noch immer keine Vereinbarung erzielt. Die gemischte Commission, welche vor den letzten Sitzungen zur Ausgleichung dieser Differenzen zusammenkam, führte zu keinem Resultat. Das in errenhaus besteht bekanntlich darauf, daß die Ehrenbeleidigungen gegen öffentliche Beamte, Militärs, Funktionäre, Seelsorger in Bezug auf ihre Berufungs-handlungen, gegen Zeugen und Sachverständige in Beziehung auf deren Berufungs-handlungen, gegen Zeugen und Sachverständige in Beziehung auf ihre Aussagen von der Behörde, durch den Staatsanwalt von Amtswegen zu erfolgen sind. — Zu einer vorgestern im Bureau des Präsidenten des Abgeordnetenhauses abgehaltenen Sitzung, (an derselben beteiligten sich vier Mitglieder der gemischten Commission: Herbst, Mühlfeld, von Wieser, Grobolski) wurden nun folgende Vermittlungsvorschläge gemacht und erörtert:

Die Zusätze wären anzunehmen, jedoch mit folgenden Modifikationen:

a) Die Ehrenbeleidigungen sind nur gegen einen öffentlichen Beamten oder einen Militär in Beziehung auf deren Berufungs-handlungen von Amtswegen zu verfolgen;

b) der Staatsanwalt ist bei der Verfolgung an jene Zeitfrist gebunden, innerhalb welcher allein dem Privatbeteiligten das Klagerecht zusteht;

c) die amtliche Verfolgung der gedachten Handlungen findet nur bei Vergehen, nicht auch bei Uebertretungen statt;

d) der Staatsanwalt hat sich der Zustimmung der Beteiligten zu versichern.

Vorläufig ist man zu einem Beschlusse über diesen Vermittlungsvorschlag nicht gekommen.

Der Finanzausschuss hat in seiner Freitagsitzung in Folge der gutachtlichen Ausführungen der verschiedenen Sachverständigen beschlossen, die von Dr. Ryger beantragte Abstempfung der Promessen zu verworfen und den Entwurf des Promessenssteuergesetzes im Wesentlichen unverändert dem Hause vorzulegen.

Am verflossenen Freitag hat der neuconstituerte Ausschuss zur Revision des Katasters seine erste Sitzung abgehalten, in welcher die Herren Baron Dobbelhof und v. Hopfen als Referenten ad informandum erwählt wurden, welche die Vorarbeiten zu machen und das nötige Substrat der Ausschussberatungen vorzubereiten habn.

Herr v. Bismarck-Schönhausen wird heute vom Münchener Moniteur-Correspondenten gegen alle Schlüsselungen von 1848 auf 1862 in Schutz genommen; denn Zeit und Umstände ändern bei einem verständigen Manne nothwendig gewisse Grundsätze, welche in der Völker-Regierung nicht unbeweglich sein können. Der Vorsitzende eines Ministerrathes sieht die Dinge nicht immer mit denselben Augen an, wie der Abgeordnete oder unter ordnete Beamte, der seinen Instructionen zu gehorchen verpflichtet ist. „Nicht ich ändere mich“, gab Fürst Valland, geistreichen und satirischen Gedanken, jemanden, der ihm seine politischen Wandlungen vorwarf, zur Antwort, „sondern um mich her wird Alles anders.“ Wäre Herr v. Bismarck ein Jahr früher unter ganz anderen Conjecturen ins Ministerium eingetreten, so würde das ohne Zweifel andere Folgen gehabt haben, als man heute erwarten kann. Der neue Minister-Präsident selbst hat sich noch kein festes Programm entwerfen können, den zahlreichen Verwicklungen gegenüber, welche er zu bekämpfen haben wird.“

Der „Globe“ theilt mit, daß am 30. Juni d. J. die leute Verschiffung von Negern aus Afrika nach den französischen Colonien in Westindien stattgefunden hat, und daß die Neger-Ausfuhr fortan nicht mehr geduldet wird.

G. M. Graf Giulay, den vor einigen Tagen alle Blätter des Auslandes sich erschienen ließen, bestieg am 22. v. M. den Rückflug und war am 28. in Lindau.

Die feierliche Preisvertheilung an der hiesigen k. k. Akademie der bildenden Künste findet am 6. d. um 9 Uhr statt. Zur Verbindung hiermit tritt eine Ausstellung der hervorragendsten Arbeiten aus den einzelnen Schulabteilungen dieser Kunstanstalt.

In den Preskonzessen wider die Journale: „Bauerland“ und „Neueste Nachrichten“ wurde der von den Herren Redacteuren Dr. Hermann Leipp und Dr. Otto B. Friedmann egriffenen außerordentlichen Berufung gegen das landesgerichtliche Urtheil vom k. k. obersten Gerichtshofe keine Folge zu geben befunnen.

Gegen den Herrn Doctor Fürsten R. Thurn-Taxis soll vor kurzer Zeit eine Untersuchung von der Jungbunzlauer Staatsanwaltschaft eingeleitet worden sein. Die Verlafung hiervon wäre eine Rede gewesen, die der Fürst in einer Plenarsitzung des Nürnberger landwirtschaftlichen Bezirksvereins vorgetragen. Die betreffende Rede sei in dem Organe des Vereins, im „Boleslawian“ abgedruckt gewesen, und die Staatsanwaltschaft habe geglaubt, in ihr eine Aufreizung gegen die Staatsbehörden (§. 300 Str. G.) zu finden. — Das Kreisgericht hat in Jungbunzlau diese Klage zurückgewiesen, und der Staatsanwalt gegen die Zurückweisung beim Oberlandesgerichte die Berufung eingezogen.

Am 29. September fand die Wahl des Lord-Mayors für das nächste Jahr (1. Nov. an) statt. Sie fiel auf Alderman Rose.

Deutschland.

Man erwartet, schreibt die Berliner Montags-Ztg., nach der Rückkehr des Königs sofort die definitive Ernennung des Hrn. v. Bismarck-Schönhausen zum Ministerpräsidenten und zum Minister des Auswärtigen. Im letztdachtin Resoff hat Hr. v. B. bereits mehrfach Anordnungen getroffen, welche nur der leichten Vollziehung durch den Chef bedürfen, um zur Ausführung zu gelangen. Dahin gehören die Erwiderungen auf die Noten Württembergs und Baierns, die Ernennung eines Botschafters für den Eulierenhof und eine damit in Verbindung stehende weitere Veränderung in den diplomatischen Posten; hierüber wird jedoch noch verhandelt.

Der Morning-Post zufolge übernimmt Graf Bernstorff definitiv d. n. preußischen Gesandtschaftsposten in London und will schon in ungefähr 14 Tagen dort eintreffen.

Die Intendantur der preuß. Marine ist von Danzig nach Berlin verlegt worden.

Aus Gotha wird gemeldet, daß der neunjährige Prinz Leopold von Großbritannien gegenwärtig bedenklich erkrankt ist. Er hat sich nämlich mit einer Stahlfedern im Munde verwundet, und diese Verletzung hat eine bedeutende fortwährende Blutung nach sich gebracht.

In Würzburg sagt, wie die „N. Würzb. Ztg.“ meldet, eine Versammlung, zusammengesetzt aus britischem Commissären aller deutschen Diözesen. Dieselbe ist auf Betrieb des apost. Nuntius in Wien veranstaltet und verfolgt hauptsächlich den Zweck, Mittel und Wege zu bestimmen, durch welche die katholische Presse gefördert werden könnten. — Zu einer vorgestern im Bureau des Präsidenten des Abgeordnetenhauses abgehaltenen Sitzung, (an derselben beteiligten sich vier Mitglieder der gemischten Commission: Herbst, Mühlfeld, von Wieser, Grobolski) wurden nun folgende Vermittlungsvorschläge gemacht und erörtert:

Die Zusätze wären anzunehmen, jedoch mit folgenden Modifikationen:

a) Die Ehrenbeleidigungen sind nur gegen einen öffentlichen Beamten oder einen Militär in Beziehung auf deren Berufungs-handlungen von Amtswegen zu verfolgen;

b) der Staatsanwalt ist bei der Verfolgung an jene Zeitfrist gebunden, innerhalb welcher allein dem Privatbeteiligten das Klagerecht zusteht;

c) die amtliche Verfolgung der gedachten Handlungen findet nur bei Vergehen, nicht auch bei Uebertretungen statt;

d) der Staatsanwalt hat sich der Zustimmung der Beteiligten zu versichern.

Vorläufig ist man zu einem Beschlusse über diesen Vermittlungsvorschlag nicht gekommen.

Der Finanzausschuss hat in seiner Freitagsitzung in Folge der gutachtlichen Ausführungen der verschiedenen Sachverständigen beschlossen, die von Dr. Ryger beantragte Abstempfung der Promessen zu verworfen und den Entwurf des Promessenssteuergesetzes im Wesentlichen unverändert dem Hause vorzulegen.

Um verflossenen Freitag hat der neuconstituerte Ausschuss zur Revision des Katasters seine erste Sitzung abgehalten, in welcher die Herren Baron Dobbelhof und v. Hopfen als Referenten ad informandum erwählt wurden, welche die Vorarbeiten zu machen und das nötige Substrat der Ausschussberatungen vorzubereiten habn.

Herr v. Bismarck-Schönhausen wird heute vom Münchener Moniteur-Correspondenten gegen alle Schlüsselungen von 1848 auf 1862 in Schutz genommen; denn Zeit und Umstände ändern bei einem verständigen Manne nothwendig gewisse Grundsätze, welche in der Völker-Regierung nicht unbeweglich sein können. Der Vorsitzende eines Ministerrathes sieht die Dinge nicht immer mit denselben Augen an, wie der Abgeordnete oder unter ordnete Beamte, der seinen Instructionen zu gehorchen verpflichtet ist. „Nicht ich ändere mich“, gab Fürst Valland, geistreichen und satirischen Gedanken, jemanden, der ihm seine politischen Wandlungen vorwarf, zur Antwort, „sondern um mich her wird Alles anders.“ Wäre Herr v. Bismarck ein Jahr früher unter ganz anderen Conjecturen ins Ministerium eingetreten, so würde das ohne Zweifel andere Folgen gehabt haben, als man heute erwarten kann. Der neue Minister-Präsident selbst hat sich noch kein festes Programm entwerfen können, den zahlreichen Verwicklungen gegenüber, welche er zu bekämpfen haben wird.“

Der „Globe“ theilt mit, daß am 30. Juni d. J. die leute Verschiffung von Negern aus Afrika nach den französischen Colonien in Westindien stattgefunden hat, und daß die Neger-Ausfuhr fortan nicht mehr geduldet wird.

G. M. Graf Giulay, den vor einigen Tagen alle Blätter des Auslandes sich erschienen ließen, bestieg am 22. v. M. den Rückflug und war am 28. in Lindau.

Die feierliche Preisvertheilung an der hiesigen k. k. Akademie der bildenden Künste findet am 6. d. um 9 Uhr statt. Zur Verbindung hiermit tritt eine Ausstellung der hervorragendsten Arbeiten aus den einzelnen Schulabteilungen dieser Kunstanstalt.

In den Preskonzessen wider die Journale: „Bauerland“ und „Neueste Nachrichten“ wurde der von den Herren Redacteuren Dr. Hermann Leipp und Dr. Otto B. Friedmann egriffenen außerordentlichen Berufung gegen das landesgerichtliche Urtheil vom k. k. obersten Gerichtshofe keine Folge zu geben befunnen.

Gegen den Herrn Doctor Fürsten R. Thurn-Taxis soll vor kurzer Zeit eine Untersuchung von der Jungbunzlauer Staatsanwaltschaft eingeleitet worden sein. Die Verlafung hiervon wäre eine Rede gewesen, die der Fürst in einer Plenarsitzung des Nürnberger landwirtschaftlichen Bezirksvereins vorgetragen. Die betreffende Rede sei in dem Organe des Vereins, im „Boleslawian“ abgedruckt gewesen, und die Staatsanwaltschaft habe geglaubt, in ihr eine Aufreizung gegen die Staatsbehörden (§. 300 Str. G.) zu finden. — Das Kreisgericht hat in Jungbunzlau diese Klage zurückgewiesen, und der Staatsanwalt gegen die Zurückweisung beim Oberlandesgerichte die Berufung eingezogen.

Am 29. September fand die Wahl des Lord-Mayors für das nächste Jahr (1. Nov. an) statt. Sie fiel auf Alderman Rose.

Portugal.

Aus Lissabon, 1. Oct., berichtet das Reuter'sche Bureau: „Die americanische Kriegsschuppe St. Louis ist von hier westwärts in See gegangen, dem Vernehmen nach, um einige confederierte Kreuzer welche in der Nähe der Azoren Wallisch-Fahrer verbrannt hatten, zu verfolgen.“

Großbritannien.

Man schreibt aus London vom 2. Oct.: Trotzdem das Wetter gestern freundlich war, hatte die Ausstellung doch nur einen mäßigen Aufspruch: in Alem gegen 41,000 Besucher, oder um die Hälfte weniger als am 30. Sept. 1851. Freilich war Dies vor 11 Jahren der Schlütttag, an dem viele das Versäumte nachholen wollten, doch auch sonst mehren sich die Besucher, daß der Besuch der nächsten Wochen hinter den Erwartungen der Commission zurückbleiben werde. Die Schließung wird mit möglichst großem Pompe zuverlässig am letzten d. M. stattfinden. Wie es aber mit den darauffolgenden 14 Tagen gehalten werden wird, ob der Eintritt dann auf 2½ oder 5 Schilling erhöht und das Einpacken gestaltet werden wird, vermag wir nicht zu sagen.

Am 29. September fand die Wahl des Lord-Mayors für das nächste Jahr (1. Nov. an) statt. Sie fiel auf Alderman Rose.

Russland.

Nachrichten aus Warschau und Petersburg bestätigen die vor einigen Tagen eingelangte telegraphische Nachricht, daß Graf Andreas Samojski den Befehl erhalten, Polen und Russland zu verlassen. Das betreffende Pariser Telegramm soll, wie wir hören, von dem in Paris weilenden Bruder des Grafen hergerührt haben. Dem „Gaz“ zufolge bestätigen sich ebenfalls die Nachrichten über Einreichung der Adresse der Podolschen Wähler in Kamieniec, betreffend die Vereinigung ihrer Provinz mit dem Königreich Polen. Wie nach demselben Blatte verlautet, sollen auch die Grundbesitzer in Polen und Russland zu verlassen. Das betreffende Pariser Telegramm soll, wie wir hören, von dem Chef der Regierung dastehen, der Beamte habe einen Revolver in der Hand. Glücklicherweise befanden sich H. Bidal und andere Beamten vielleicht wegen eines Attentats verurteilt. Mir ist klar die ganze Reihe von Gerüchten über verschiedene Attentate, von denen die deutschen Blätter schreiben. An dieser Stellung ist kein wahres Wort. Bidal.

* Am 3. October d. J. hat die Schlussverhandlung in nach §. 65 lit. a angeklagten Johanna Rogowskij und Karl Szymanowski stattgefunden, wobei als Gerichtsmittelglieder der Vorsteher k. k. Landesgerichtsraat Dr. Lukowitsky, als Vertreter der Staats-Anwaltschaft Dr. Boleslawowski, für Karl Prochaska Dr. Demel, Reichsgerichtsgeordneter, fungierten. Vor Gericht standen der Buchdrucker Adam Rogowskij wegen Verbrechens der Stirbung der öffentlichen Ruhe nach dem §. 65 lit. a und dann der Buchdrucker Karl Prochaska aus Leichen wegen Mitwiss. an diesem Verbrechen, weil Ersterer im Monate Juli 1861 tausend Exemplare der ihrem Inhalt nach das obige Verbrechen begründeten Bilder und Gedichte: „Boże ojco Polskie“, „Z dydem pożarów“, Matko Chrystusa, „Boże ojce Ojze“ und Panie Boże Wszechmogacy“ beim Buchdrucker Karl Pro-

Fünf Individuen, welche bei dem letzten Sonntagsmeeting in Hyde Park von der Polizei als Hauptverbrecher verhaftet worden waren, sind zu Gefängnisstrafen oder zu mehrwochentlichem Gefängnis verurtheilt worden. Als der am meisten Beteiligte erschien ein Arbeiter Namens Collins, man fand bei seiner Verhaftung 21 Sovereigns bei ihm, was den Verdacht erregte, daß pecuniäre Einflüsse stark bei der Rauscherei mitgewirkt haben.

Italien.

Die amtliche Turiner Zeitung vom 3. d. veröffentlicht das königliche Decret, wonach das Entlassungsgesuch Conforti's angenommen und Ratazzi einstweilen mit der Vertretung beauftragt ist.

Der Graf von Paris und der Herzog von Chartres befinden sich mit ihrem Oheim, dem Herzog von Guise in Mailand. Der Herzog von Chartres ist bekanntlich ein Sohn der Turiner Militär-Akademie und hat auch den Feldzug von 1859 mitgemacht.

Kaiserin Eugenie hat der jungen Königin von Portugal eine Garnitur und Kleid von Balenciennes, Kaiser Napoleon ein prächtiges Diamanten-Diadem zum Geschenke gemacht. Mit letzterem war die Prinzessin geblümkt, als sie zum Altar ging. Außerdem bringt die „Officiale Zeitung des Königreichs“ eine lange Liste von Hochzeitsgeschenken, die der Prinzessin Maria Pia von den größten Städten Italiens überreicht wurden.

Von Bologna, durch Marchese Pepoli, ein kostbares Gemälde: „die Madonna mit dem Jesuskind in den Armen“, von Francesco Francia, mit einem Rahmen aus dem 16. Jahrhundert. Von Florenz, durch Marchese Bartolomei, Bürgermeister dieser Stadt, eine emaillierte Achtschale, ein Werk des Florentiners Luigi Benvenuti. Diese Schale steht in einem mit dem Stadtwappen geschmückten Schrein von Elsenbein und Ebenholz.

Von Faenza, durch Graf Lacqueri, einen Tisch mit eingelagter Elsenbeinarbeit. Von Mailand, durch den Bürgermeister Verretta, ein Gemälde, „die Kathedrale“ von Professor Vissi. Von Ravenna, durch Graf Hippolite Gamba, ein Modell von Dante's Grab von kostbarem Metall.

Von Neapel, durch den Bürgermeister Connadore Colonna, sehr reich und kostbar gearbeitete Toilettegegenstände und Korallen-

wertschmuck. Von Genua, eine Marmorbüste Karl Albert's von Santo Barni. Der Ministerrath hat der Königin von Portugal zwei Exemplare eines neuen G. dichts des Commandeur Prati überreicht, welches gelegentlich der Vermählung unter dem Titel Conto Verde verfaßt wurde.

Von Seiten der früheren Freunde und Waffengefährten Garibaldi's zumal von Bixio und Ordinario sind, wie man dem „B.“ aus Turin berichtet, wiederholt Versuche gemacht worden ihn auf seine Freilassung vorzubereiten und eine Versöhnung mit der Regierung anzubauen. Diese Versuche sind aber ebenso unglücklich wie die früheren ausgefallen, ja als Bixio bei seiner letzten Unwesenheit in Fort Varignano alle Künste der Überredung aufbot, wandte ihm Garibaldi sowohl der Grundbesitzer, wie der Colonisten sprechen für diese Aenderungen. — Auf diesen Projecten werden die beiden erwähnten Abgaben ist projectiert worden, und zur Deckung der daraus entstehenden Ausfälle in den Staatsinnahmen soll eine Erhöhung der Abgabe auf Brantweinfabrication stattfinden. Moralische Rücksichten, sowie der richtig ausgefahrene Vortheil der Abrechnung einiger Dienstgrade im Königreich von den Künsten des Kaiserreiches, als da sind: die Postverwaltung, die Communicationsverwaltung (d. i. Wege- und Brückenbau) u. a. — Die im vorigen Jahre ausgeführten Reformen erfordern auch zum Theil eine Aenderung im Finanzsystem. — Die Aufhebung der Frohnsarbeit, die also durchaus durch Lohnarbeit ersezt werden mußte, ließen den Druck der Abgabe fühlen, die auf der ländlichen Bedienung ruht. Die „Foscerne“ benannte Abgabe entspricht als eine rein confessionelle, nicht dem Geiste der neuen Gesetzgebung über Gleichberechtigung der Juden, zu der die Regierung Sr. L. Majestät bei Ihnen, meine Herren, ein so bereitwilliges Entgegenkommen gefunden hat. — Die Abschaffung der beiden erwähnten Abgaben ist projectiert worden, und zur Deckung der daraus entstehenden Ausfälle in den Staatsinnahmen soll eine Erhöhung der Abgabe auf Brantweinfabrication stattfinden. Moralische Rücksichten, sowie der richtig ausgefahrene Vortheil der Abrechnung einiger Dienstgrade im Königreich von den Künsten des Kaiserreiches, als da sind: die Postverwaltung, die Communicationsverwaltung (d. i. Wege- und Brückenbau) u. a. — Die im vorigen Jahre ausgeführten Reformen erfordern auch zum Theil eine Aenderung im Finanzsystem. — Die Aufhebung der Frohnsarbeit, die also durchaus durch Lohnarbeit ersezt werden mußte, ließen den Druck der Abgabe fühlen, die auf der ländlichen Bedienung ruht. Die „Foscerne“ benannte Abgabe entspricht als eine rein confessionelle, nicht dem Geiste der neuen Gesetzgebung über Gleichberechtigung der Juden, zu der die Regierung Sr. L. Majestät bei Ihnen, meine Herren, ein so bereitwilliges Entgegenkommen gefunden hat. — Die Abschaffung der beiden erwähnten Abgaben ist projectiert worden, und zur Deckung der daraus entstehenden Ausfälle in den Staatsinnahmen soll eine Erhöhung der Abgabe auf Brantweinfabrication stattfinden. Moralische Rücksichten, sowie der richtig ausgefahrene Vortheil der Abrechnung einiger Dienstgrade im Königreich von den Künsten des Kaiserreiches, als da sind: die Postverwaltung, die Communicationsverwaltung (d. i. Wege- und Brückenbau) u. a. — Die im vorigen Jahre ausgeführten Reformen erfordern auch zum Theil eine Aenderung im Finanzsystem. — Die Aufhebung der Frohnsarbeit, die also durchaus durch Lohnarbeit ersezt werden mußte, ließen den Druck der Abgabe fühlen, die auf der ländlichen Bedienung ruht. Die „Foscerne“ benannte Abgabe entspricht als eine rein confessionelle, nicht dem Geiste der neuen Gesetzgebung über Gleichberechtigung der Juden, zu der die Regierung Sr. L. Majestät bei Ihnen, meine Herren, ein so bereitwilliges Entgegenkommen gefunden hat. — Die Abschaffung der beiden erwähnten Abgaben ist projectiert worden, und zur Deckung der daraus entstehenden Ausfälle in den Staatsinnahmen soll eine Erh

Haska in Taschen zum Zwecke der Verbreitung bestellte und einige von diesen Exemplaren wirklich verbreite und weil der Letztere (Prochaska) die Drucklegung realisierte. Adam Bogowski, bei welchem 1863 solcher Liederhefte betreten wurden, rechtfertigte sich, daß ihm der Inhalt dieser Lieder wohl theilsweise bekannt war, er aber darin umso weniger etwas Strafverdächtiges sehen konnte, als diese Lieder lange früher am Sige der Behörden gesungen waren und dieselben dagegen nicht aufgetreten sind. Die allgemeine Beliebtheit dieser Lieder zu jener Zeit habe ihn auch bewogen, des Gewinns halber eine größere Aufzehrung zu veranstalten und sobald er nur vom speziellen Verbote erfahren habe, so habe er mit den vorläufigen Exemplaren den Oden geheizt und mit der Verheilung innegehalten. Über Vorhaltung, daß er darin nichts Ansichtiges finde, da hierin nur ein Streben nach Selbstständigkeit, welche er später mit der Nationalität identifizierte, ausgedrückt sei. Der Begriff der Nationalität sei ihm fremd gewesen, da er hierin nur das Factum sah, daß jemand ein Pole, Deutscher oder Böhme sei und rücksichtlich seiner Person erklärte er als das Streben nach Nationalität den Willen, als Pole zu leben und als solcher zu sterben. Über Vorhaltung der böse Absicht des Bogowski bestätigten von Prochaska dem Gerichte überlieferter Briefe behauptete Bogowski, daß die Worte: „das Geschäft soll nur ein Geheimnis unter uns bleiben“ nur bedeuten sollte, damit sein Chef, der Buchhändler nämlich, von dem von ihm betriebenen Nebengeschäfte nichts erfahre. Auch sollte die Aufforderung an Prochaska, den Druck nicht drucken zu lassen, weil diese Liederhefte zur unentgeltlichen Verbreitung bestimmt sind, nichts anderes enthalten, als nur das Streben, das Publikum möglichst Weise glauben zu machen, daß der Druck ein ausländischer sei; endlich die Worte, daß die Exemplare „auf sicherem Wege“ ihm zukommen, rechtfertigte er damit, daß unter diesen Worten im Kaufmännischen Styl die Abhandlung mittels Post oder Eisenbahn verstanden werden. Über die zwei letzten Briefe, worin er dem Drucker Prochaska Vorwürfe macht, daß derselbe seinem Wunsche nicht nachkommen ist und den Druckort sowie seine Firma beigesetzt hat, deßhalb die Firma werte austreichen oder ausschneiden müssen; daß er ferner ungeachtet des ihm speciell bekannt gewordenen Verbotes zweier von diesen Liedern, dennoch dieselben zu drucken nicht unterlassen will, wußte er keine genügenden Aufflüsse zu geben. Schließlich vertrachte er auch die Thatsache nicht aufzuklären, auf welche Art Exemplare dieser Lieder nach Tarnow, gerade mit der ausgeschnittenen Firma gelangten. Karl Prochaska rechtfertigte sich damit, daß ihm wohl aus den Zeitungen bekannt war, daß diese Lieder gesungen werden, es ihm aber auch einleuchten mußte, daß, wenn dagegen kein Amt gehandelt wurde, der Inhalt derselben nicht strafwürdig ist. Diese Anschauung feststellend, habe er es gerade nicht für nothwendig gehalten, in der Bestellung der Lieder den Inhalt derselben näher kennenzulernen. Weder aus dem Inhalte der Lieder noch aus dem Inhalte der Briefe habe er etwas strafwürdiges entnehmen können; nicht aus den Liedern, weil er dieselben nicht gesehen, und nicht aus den Briefen, weil die bis inclusive 17. September 1861 wechselten Briefe keine Abnung des Verbrechens entnehmen ließen.

welgewollte Weise keine Anhänger des Verbrechens einnehmen ließen, indem das Verlangen „des Geheimnißes“ durch die Stellung des Rogowski als Subject seinem Principal gegenüber klarlich ist; dem Verlangen, den Druckort und die Firma nicht anzugeben, seinerseits nicht entsprochen wurde und unter denselben Wege allerding nur die Sendung mittels Post gescheitert wurde, die er auch zur Sendung benötigte. Die zwei Briefe, welchen sich Rogowski näher ausspricht, ihm Vorwürfe macht und bei seinem Vorsage ungeachtet des Verbotes verbleibt, können ihn (Prochaska) nichts angehen, weil die Liederhefte, die er früher gedruckt und an den Besteller abgesendet wurden, diese zwei Briefe daher post festum ankamen. Prochaska habe aber seinerseits nichts verabsäumt, was ihm das Gesetz schreibt, und sogar die Pflichteremplare bei der Staatsanwaltschaft und dem Bezirksamt zu Leschen übergeben. Nach gelöschtem Beweisverfahren stellte der Bevölker der Staatsanwaltschaft vorerst den Antrag bezüglich des Rogowski: Derselbe wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe nach §. 65 lit. a schuldig zu erkennen und gemäß dieses §. unanwendung des §. 54 des Strafgesetzbuches zum fünfmonatigen einfachen Kerker zu verurtheilen, weil durch die eingestandene Bestellung und Vertheilung dieser regierungsfürdlichen Lieder, deren Inhalt bereits wiederholt von den Gerichten als den Inhalt des jenes Verbrechens enthaltend, anerkannt wurde und obgleich Rogowski's um so mehr erwiesen ist, als die böse Absicht in der That, nämlich in der mit Kenntniß des strafwürdigen Inhalts unternommene Verbreitung, gelegen ist.

Rogowski's Bevölkerer, Dr. Szlagowksi, entwickelte einer kürzeren Vorrede die traurige Lage des Vertheidigers, der der Überzeugung die Gerichtsschwelle betrifft, daß sein Client verurtheilt werden, weil die Staats-Anwaltschaft darauf Nachdruck legte, daß der Inhalt der Lieder bereits mehrere Male als Verbrechen anerkannt worden und deshalb eine nochmögliche Verlegung des Inhalts überflüssig erscheint. Derselbe führt weiter aus, heut zu Tage sei der § 65 lit. a, der überhaupt so klarisch ist, nur ein todter Buchstabe und dessen Anwendung selbst sorgfältiger vor sich gehende. Rücksichtlich der Consequenz der Urteilsprüche müsse er bemerken, daß das Wiener Landesgericht im Prozeß Vanlo-Gräßberger in derselben That das Vergehen des §. 300 des Strafgesetzes gesetzt, während das hiesige Landesgericht hierin immer das Verbrechen aus §. 65 lit. a erblickt. In die Auseinandersetzung des Inhalts werde auch er diesmal nicht eingehen, weil es unparteiischer seinen wird, wenn der Vertheidiger des Mitangklagten Prochaska, einer anderen Nationalität angehörend, seine Ansicht legen wird. In subjektiver Hinsicht mangle die böse Absicht, im vorliegenden Falle dem Angeklagten nicht um aufrührerische Zwecke, sondern um materiellen Gewinn zu thun war; eigentlich habe er in diesen Liedern nichts strafbares sehen können, weil dieselben vordem straflos gesungen wurden; er würde daher feiner beim Vorhandensein der bösen Absicht nicht einen Zweck, den er erst bei der Schlusserhandlung kennen gelernt, zum Gehilfen seines beabsichtigten Verbrechens gewählt haben.

Das Wort „Geheimniß“ im Briebe habe nur zum Zwecke, möglichen Concurrenz vorzubeugen, und der Umstand, daß langsam wurde, damit der Druckort nicht beigesetzt werde, darf nicht bestreiten, da dieß, wie auch Prochaska durch einen Brief nachgewiesen hat, dies in anderen Fällen ebenfalls be-

Sehrt wird.
Die k. k. Staats-Anwaltschaft replicirte der Vertheidigung dahin, daß die Revision des § 65 ein plium desiderium de lege ferenda sei, und solange der §. 65 nicht abrogirt ist, so könne er auch in keiner anderen Art angewendet werden, als es bis jetzt war. Der Vorwurf, das in die Berlegung des Inhalts nicht eingegangen wurde, fände seine Wiederlegung darin, daß diese Lieder schon öfters interpretirt und auch bei dieser Verhandlung in den instruminten Stellen vorgehalten wurden, demnach eine Wiederholung dieser Stellen unnöthig erschien. Die Ansicht des Wiener Bundesgerichtes, welche der Vertheidiger der Consequenz halber anführte, wurde als nicht maßgebend abgestraft und zur Beantwortung der Vorwürfe über den subjectiven theoretisch geltenden Miermal des subjectiven Thatbestandes aufzindem es sich herausstellte, daß Mo gomarii, C. G. Schmid von

der Strafbarkeit seiner Handlung hatte und dennoch nicht unterließ, di selbe zu vollziehen, worin aber auch die böse Absicht liege. Nach einer kurzen Schlussrede des Vertheidigers des Rogowski stellte der Vertreter der Staatsbehörde bezüglich des Karl Prochaska den Antrag, denselben gemäß §. 288 der Straf-Prozeßordnung von der ihm angelasteten Mitschuld an dem Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe loszusprechen und schuldlos zu erkennen, dagegen aber der Übertretung der Presch-Ordnung aus dem §. 35 lit. a b, strafbar nach §. 38 der Presch-Ordnung schuldig zu erkennen und hiefür unter Anwendung der §§. 54 und 241 des Strafgesetzes zu einer Geldstrafe von 50 fl. und weiteren Geldbuße von 10 fl. sowie zum Ursatz der Kosten des Strafverfahrens zu verurtheilen, weil durch die bewirkte Drucklegung obiger regierungseinfließlicher Lieder zum Zwecke der Verbreitung derselben das Verbrechen des §. 56 lit. c allerdings

objectiv vorliege — bei dem Umstände aber, als Prochaska bei dieser Drucklegung seinen sämtlichen gesetzlichen formellen Verpflichtungen als Drucker, unter diesen auch der, daß er ungestattet einer entgegengesetzten Aufforderung des Bestellers, auf den gedruckten Liederheften den Druckort nicht weggelassen und auch das Pflichtexemplare der Lechner f. k. Staatsanwaltschaft und dem Bezirksamt mitgetheilt hat, nachgekommen ist — nicht darf gehalten werden kann, daß Prochaska durch die realisierte Drucklegung ähnliche Zwecke mit dem Besteller verfolgte — weshalb wegen Nichtvorhandensein der im §. 65 lit. a des Strafgesetzbuches vorgezeichneten bösen Absicht Karl Prochaska wegen Mätschulden in Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe nicht zur Verantwortung gezogen werden kann; da aber der Inhalt obiger Lieder objectiv als Verbrechen anerkannt wurde und der Drucker für den Inhalt der Druckschrift verantwortlich ist, wenn kein Verleger genannt ist, oder die Druckschrift sich als ein Flugblatt darstellt, so habe sich auch Prochaska der Übertretung des §. 35 der Preßordnung schuldig gemacht.

Verteidiger Dr. Demel richtete sein Plaidoyer vorerst gegen die Interpretation des §. 65, indem er die Ansicht vorangehen ließ, daß seit der Zeit, als Österreich durch das Octoberdiplom 1860 und die Februarverfassung 1861 in die Reihe constitutioneller Staaten getreten ist — auch der §. 65 einen anderen Sinn angenommen hat — der starke Buchstabe desselben sei tot — und das Lebendigmachen desselben liege den Richtern ob durch die Anwendung derselben auf vorkommende Fälle. Diese Anwendung sei verschieden, indem das Wiener Landesgericht im Prozeß Banko Graßberger in einem ganz analogen Falle nur das Vergehen aus dem §. 300 des Strafgesetzes erkannte, hiergerichts aber in den incriminierten Liedern das Verbrechen des §. 65 lit. a sieht, überdest hier bei analogen Fällen eine hochgeborene Grafin schuldlos erkannt, andere Beschuldigte aus Mangel an Beweisen freigesprochen wurden. Der Prozeß Banko Graßberger sei die Mutter jener Prozesse gewesen, welcher sich gleichsam nach akustischen Gesetzen bis hieher verflanzte, hier sind dasselbe Factum eine andere Beurtheilung, verschiedene Angeklagte bei analoger Anschuldigung eine wesentlich verschiedene Behandlung. Dieses Schwanken in der Anwendung beweise die Nothwendigkeit bei der Subsumirung der Thatsache, die geänderten Zeitverhältnisse in Rechnung zu bringen und von den Seiten des Geburtsstages dieses §. 65 zu abstrahiren. Wahr verbindet der §. 65 des Strafgesetzes bis jetzt, aber es besteht auch der §. 261 der Straf-Prozeß-Ordnung, welcher den Richter nach seiner Überzeugung urtheilen läßt und diese ist es, welche den Maßstab der Unwendbarkeit abgeben soll. Ungeachtet die Staatsanwaltschaft die Schuldlosigkeit des Prochaska beantragt, und denselben nach der Untersuchung gar nicht unter Anklage wegen Verbrechens gestellt wissen wollte, müsse er auf den Inhalt der Lieder eingehen, derselbe enthalte nichts strafbares — alle diese Lieder und Gedichte seien kritisch-historischen Inhalts, in welchem sich die politische Nation zu ihren Sünden, zur Schwäche und Ohnmacht bekannt und um eine wunderbare Rettung steht. Eine Nation, die ihre Schwäche bekanzt, dene nicht an Aufruhr, in dem ganzen Volke, welches seine Sünden anerkennt. Dieselben beziehen sich auf eine Vergangenheit, mit welcher gebrochen zu haben, die Österreichs ist. Viel mehr aufrührerisches müste man in dem Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland“ erblicken — und wird dieses Lied überall gesungen, ohne daß man darin etwas strafwürdiges erblicke. Dasselbe sei der Fall beim Lied „Das Volk steht auf“. Sieht man in diesen Liedern keinen Angriff auf den österreichischen Staatsverband, so darf man ihn auch in den incriminierten Liedern nicht suchen. Uebrigens seien diese Lieder offenbar nur gegen Russland gerichtet, die traurigen Borgänge in Warschau waren der Ursprung, die Ursache der Verbreitung, dieselben seien von Czestochau hier herüber gedrängt worden. Dem Prochaska könne, wie schon die Staats-Anwaltschaft bemerkte, keine böse Absicht impulirt werden, er schützte sich durch Vorlage des Pflichtexemplare und nun solle er noch zur Verantwortung gezogen werden, weil er selbst den nicht strafwürdigen Inhalt nicht kannte. Prochaska, sagt man, habe die Lieder gewählt — aber er wählte Embleme, welche er bei jeder ähnlichen Gelegenheit benutzt, er wählte nämlich gleich an der ersten Seite die Palme des Friedens, die Dornenkrone des menschlichen Leidens, zu der wir geboren und das Symbol der Religion, die keine Nationalitäten kennt. Selbst aus dem Inhalt der Briefe habe er nichts entnehmen können — er konnte schließen, daß Mogowski seine materiellen Zwecke, die er bei seiner Bestellung verfolgte, nur vor seinem Principe geheim hielte, und wußte daß der sichehe Weg die Postsendung sei, den Druckert hat Prochaska selbst wider Willen des Mogowski doch drucken lassen und nachdem er der Pflicht mit den Pflichtexemplaren nachgekommen — müsse er auch nach Verlauf von 3 Tagen seine Vertragsverbindlichkeit dem Mogowski gegenüber erfüllen. Frei von der bösen Absicht und beim Mangel des bösen Vorwurfs kann auch der §. 38 der Preßordnung nicht angenommen werden, denn es müßte dem Prochaska nachgewiesen werden, daß er selbst den strafbaren Inhalt erkennen konnte. Demnach stelle er den Antrag auf Schuldlosigkeit auch in Beziehung auf die Vertretung der Preßordnung. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft replizirte in Beziehung auf den Inhalt der Lieder und die Unwendbarkeit des §. 65, wonach selbe vollkommen bestündet sei, seitdem in demonstrativer Weise unter dem Deckmantel von Andachten und Processeionen, die massenhafte Verbreitung eines Weis gesetzt, die Einimpfung der regierungssfeindlichen Ideen unter den niederen Volksklassen angestrebt nur die Absicht der Gefährdung des Staatsverbandes klar wurde. Diese Umstände im Zusammenhang mit dem Inhalte der Lieder beseitigen jedes Verdunsten um so mehr, als bei einer hervorragenden Thätigkeit zum Verbrechen nöthige böse Absicht angenommen wird. Der Spruch des Wiener Gerichts erster Instanz könne hier nicht abgelehnt sein, die Abweichungen in den Sprüchen des Gerichts seien keine Folge der Unanwendbarkeit des §. 65, die Beauftragung der Analogie der Fälle eine gewagte, weil in jedem speziellen Falle oft objective, oft subjective Umstände eintreten, welche eine andere Beurtheilung erheblichen. In Beziehung auf die Subsumirung des Inhalts der Lieder unter den §. 65 könne er sich übrigens auch auf die Beantwortung einer Interpellation polnischer Abgeordneter im Reichsrath berufen. Nachdem die Staatsanwaltschaft den objectiven Bestand des Verbrechens erkannt, aber den Abgang des bösen Vorwurzes behauptet, so i auch die Anwendung der §§. 35 und 38 der Preßordnung war, weshalb beim Antrage beharrt wurde. Nach der längern Ausführung des Verteidigers Dr. Demel, daß auch die Beurtheilung der Preßordnung weder objectiv noch subjectiv vorliege, antrachte derselbe, seinen Clienten auch wegen dieser Beurtheilung schuldlos zu sprechen, im schlimmsten Falle ob Unzulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage der ihm zur Last gelegten Preßübertretung freizusprechen. Nach längerer Beratung wurde das Urteil fundgemacht, womit Mogowski des Verbrechens aus dem §. 65 lit. a schuldig erkannt und zum Zmonialstrafen Kerkel verurtheilt — dagegen Prochaska, der des Beleidens der Störung der öffentlichen Ruhe für schuldlos erkannt und schuldig — und gemäß §. 38 der Preßordnung aus dem §. 10 Arreste und 100 fl. Strafe für den Lechner Armenfond verurtheilt wurde. Gegen das Urteil wider Mogowski hat wohl dieser als der Staatsanwalt, lechter wegen zu gering besetzlicher Strafe, gegen das Urteil wider Prochaska dieser Staats-Anwalt aber wegen der unterlassenen Umwandlung der strafähigen Arreststrafe in eine Geldstrafe von 50 fl. die Verurtheilung angemeldet.

| | | | | | |
|---|--|--|--|--|--|
| * In der letzten Sitzung des Lemberger Gemeinderaths stand der Bericht der in Angelegenheit der vielbesprochenen Gymnasialfrage nach Wien entsendeten gemeinderäthlichen Deputation auf der Tagesordnung. Dieselbe wurde namentlich von Sr. Majestät dem Kaiser selbst empfangen, Höchstwürcher derselben die feierliche Versicherung zu ertheilen g. ruhte, daß Se. Majestät ihre Bitte gehörig würdigen wolle, so wie zugleich die Hoffnung aussprach, daß die Gründung des angesehenen polnischen Gymnasiums, über deren Modalitäten sich die Deputation mit dem h. Staatsministerium ins Einvernehmen seien möge, thunlich, unter gleichzeitiger Wahrung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften, eintreten werde. — Aus den nun in Angelegenheit der Gründung dieses Obergymnasiums mit durchwegs polnischer Unterrichtssprache mit dem Vorstande der Abteilung für Cultus und Unterricht im Staatsministerium, Herrn Sectionchef v. Helfert, gepflogenen Verhandlungen geht hervor, daß die h. Regierung ganz entfernt der Gründung eines derartigen Nationalgymnasiums Hindernisse in den Weg zu legen, dennoch auf dem ihr gesetzlich zustehenden Erinnerungsrecht der Professoren an der in Stedt stehenden Lehranstalt fest zu beharren gedenke, indem sie gleichzeitig sich auch entschieden dagegen ausspreche, daß die Oberaufsicht über die gesuchte Mittelschule an sogenannte gemeinderäthliche Schuldeputationen, die alsbaldiglich von dem Lemberger Stadtrathe neu zu wählen wären, überlassen bleibe. Über den Zeitpunkt der Gründung selbst dieser oberen vier Klassen an dem bereits schon bestehenden polnischen Franz Josephs Gymnasium wurde die Vereinbarung getroffen, daß selbe wegen nur zu fühlbaren Mangels an nöthigem und zugleich tauglichem Lehrerpersonale erst mit Beginn des folgenden Schuljahrs 1863/64 erfolgen solle, und zwar in erster Linie naturgemäß mit der Errichtung der fünften Lycealklasse, welcher alsdann in gehöriger Stufenfolge die Gründung der übrigen Abteilungen, bis zu endlicher Complettirung der Lehranstalt mit der obersten achten Klasse, folgen würde. | | | | | |
| * Die Stadtgemeinde Sadowa Wisznia, Przemysler Kreises, hat aus Anlaß des Geburtstages Sr. k. k. Apostolischen Majestät den Betrag von 200 fl. mit der Widmung zur Herstellung des Przemysler Kreisamtsgebäudes aus Stadtkassawitteln bestimmt. | | | | | |
| Handels- und Börsen-Nachrichten. | | | | | |
| — Der „Breal. 3.“ zufolge herrscht in Pr.-Schlesien Mangel an Kupferscheidemünze, weil das Kleingeld massenhaft auswärts wandert. In Galizien courtire gegenwärtig meist preuß. Kupfergeld. Dasselbe werde in Pr.-Schlesien mit 3 Sgr. Agio oder Thaler eingetauscht und nach Galizien ausgeführt, wo der Pfennig als Neukreuzer gern genommen werde, da in Galizien österr. Kupferscheidemünze fast gar nicht vorkomme. Die Galizien betreffende Angabe können wir, so weit es von hier aus zu beurtheilen möglich, als eine unwahre bezeichnen. Nicht ein Stück preußischer Scheidemünze ist hier zu sehen, auch müssen wir leugnen, daß Pfennige als Neukreuzer gern genommen würden. Bekanntlich geben zwölf Pfennige einen Silbergroschen oder 5 Neukreuzer. | | | | | |
| — Wie die „Dr. Itg.“ erfährt, ist der Gewinner des am 1. o. M. gezogenen Haupttreffers der Kreditlose, Herr Gustav Roidi in Galatz, welcher in Gesellschaft seines Bettlers, Dr. S. von Triest, das betreffende Losos in Wien kaufte. | | | | | |
| ** Den zweiten Treffer der Credit-Lose (40.000 fl.) soll bei der letzten Zahlung Kaufmann Sack in Wien gemacht haben. | | | | | |
| — Die in Ungarn herrschende Rinderpest hat bis jetzt in 29 Seuchenorten der Comitate: Pest, Heves, Borsod, Abauj-Szabolcs, Beszprim, Eisenburg, Wieselburg, Odenburg, Komorn, Gran, dann des Fazogier und Rumanier Distriktes bei einem Gesamtverluste von 38,484 Stück, zusammen 13,549 Stücke ergriffen, von welchen 4587 geheilt, 8157 gefallen, 31 verklagen und 774 in ärztlicher Behandlung verblieben sind; außerdem wurden noch zwei Stücke als verächtig der Keule unverzogen, mithin beziffert sich der Gesamtverlust auf 8190 Hornviehstücke. Erloschen ist die Suche im Orte Ongá des Abauer Comitats und zeigt im ganzen Hervor Comitate einen unehmend milderen Verlauf; dagegen ist dieselbe auf der Pusta Alfalu des ersten genannten so wie in den Orten Nemes Szalot und Nyarad des Besprimer Comitates ausgebrochen. Die in den Dörfern Badany und Bene des Fazogier und Rumanier Distriktes herrschende Schafseuche erweist sich nicht als eine der Rinderpest ähnliche Seuche, sondern als Dösentterie. | | | | | |
| ** Die unterirdische Eisenbahn London ist bis auf einige Verzierungen der Bahnhöfe fertig. Die Eröffnung der ganzen Bahnstrecke (von Paddington im Westend bei Faringdon-Straße in der City) erfolgt im Laufe der nächsten Tage. Danz unter der Erde lauft diese Bahn nicht, die längste Tunnelstrecke beträgt kaum eine englische Meile, und Beleuchtung der unterirdischen Partien sowohl wie der bequem eingerichteten Wagen mit Gas werden der Fahrt alle ihre angeblichen S. rechten mehr als der Personen-Beförderung erspielbare Dienste leisten. | | | | | |
| Preise der polnischen Produkte in Wien vom 23. bis 30. September 1862 in fl. öst. W. | | | | | |
| Galizische Hadern: für 1 Zentner weiße von bis mit halbweissen 7.— 7.50/2 u. schadern 5.— 5.50 Ordinäre Packhadern 3.25½ 4.25 blaue Leinen-Hadern gemischt mit Baumw. 4.— 5.— attun-Hadern — — roher polnischer Hanf 16.50 18.50 roher polnischer Flachs gehechelter 21.75 28.— roher polnischer Flachs gehechelter 19.25 23.50 polnischer Honig 28.— 34.— oln. Ochsenhäute nah sammt hörnern das Pf. — — oln. Kalbsfelle mit dem Kopf der Gr. 84.— 90.— galizischer Terpentin 42.— — oln. ord. (Zackel) Wolle 52.— — bisniener Schweinsborsten, Mustergattung 250.— 260.— Beize Wißn. Schw.-Borsten 180.— 190.— avorower Schweinsborsten, Mustergattung 280.— 285.— " " vorzüglichste 180.— 190.— " " ausgezeichnete 175.— 180.— " " mittlere 80.— 90.— " " schlechtere 90.— 95.— rielecer Schweins-Borsten 120.— 125.— bis 33 grädiger Spiritus trans. (für 1 G.) — 53¾ 54.— rectifizirter 30 grädiger Sp. transfo 59.— 59.— arnovoler Wachs der Gr. — — Tarnów, 3. October. Die heutigen Durchschnittspreise waren in österreich. Währung: Ein Mezen Weizen: 4.35 Korn 4.37 — Roggen 2.77 — Gerste 2.20 — Hafer 1.15 — Erbsen 3.20 — Bohnen 2.50 — Hirse 2.15 — Buchweizen — Kulturz — Erdäpfel — 80 — 1 Klafter hartes Holz 9.50 — weiches 7.25 — Kutterllee 1.35 — Der Zentner eu 1.30 — Ein Zentner Stroh — 70. Rzeszów, 3. October. Die heutigen Durchschnittspreise waren in österreich. Währung: Ein Mezen Weizen: 4.35 Korn 2.62 — Gerste 2. — Hafer 1.17½ — Erbsen 2.25 Bohnen 2. — Hirse 1.80 — Buchweizen 1.60 — Kulturz — Erdäpfel — 80 — Eine Klafter hartes Holz 80 — weiches 6. — Ein Zentner Heu 1.40 — Ein Zentner Stroh — 80. Bochnia, 4. October. Die heutigen Durchschnittspreise waren in österreich. Währ.: Ein Mezen Weizen 4.50 — Roggen 2.62 — Gerste 2.25 — Hafer 1.75 — Erbsen — Bohnen — Hirse — Buchweizen — Kulturz — Erdäpfel 1. — 1 Klafter hartes Holz 10. — weiches 7.50 Kutterllee — 1 Zentner Heu 1.50 — 1 Zentner Stroh — 80. Biala, 4. October. Marktpreise in österreich. Währ.: Ein Mezen Weizen 4.62 — Roggen 3. — Gerste 2.37 — Hafer 7.50 — Kutterllee — 1 Zentner Heu 1.50 — 1 Zentner Stroh — 80. | | | | | |

| | | |
|---|---------------------------|-----------------------------|
| ser 1.42 -- Kulturholz -- -- | Gedämpfel -- -- | Eine Klafter Stroh 1.01. |
| Breslau, 3. October Die heutigen Preise sind (für ei- nen preußischen Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silber- groschen = 5 kr. öst. W. außer Agio): | | |
| Weißer Weizen | bester mittler. schlecht. | |
| Gelber " | 82 - 84 79 74 - 77 | |
| Roggen | 80 - 81 78 73 - 77 | |
| Gerste | 57 - 58 56 52 - 55 | |
| Hafet | 40 - 42 38 36 - 37 | |
| Erbsen | 24 - 25 23 21 - 22 | |
| Rüben (für 150 Pfd. brutto) . | 52 - 54 50 45 - 48 | |
| Sommergras | 232 - 222 - 210 | |
| Wien, 6. October. National-Anlehen zu 5% mit Zähren- Coup. 83.80 Geld, 83.90 Waare, mit April-Coup. 82.60 Geld, 83.70 Waare. — Neues Anlehen vom J. 1860 zu 500 fl. 91.10 Geld, 91.30 Waare, zu 100 fl. 92.25 G., 92.50 W. — Galiz- ische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 71.50 G., 71.80 W. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 802 G., 804 W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 227. — G., 227.10 W. — der Kaiser Ferdinand Nord- bahn zu 1000 fl. G., 1903 G., 1932 W. — der Galiz-Karl- Ludw.-Bahn zu 200 fl. G.-M. mit Einzahlung 228.25 G., 228.50 W. — Wechsel (auf 3 Monate): Frankfurt a. M., für 100 Gulden österr. W. 104. — G., 104.15 W. — London, für 10 Pid. Sterling 123.25 G. 123.40 W. — R. Münzduoden 5.90 G., 5.92 W. — Kronen 17. — G., 17.10 W. — Napo- leon d'or 9.89 G., 9.91 W. — Russ. Imperiale 10.18 G., 10.19 W. — Vereinshalter 1.84 G., 1.84½ W. — Silber G. 123. — 123.25 W. | | |
| Krafauer Cours am 6. Octbr. Neue Silber-Mubel Agio fl. p. 109½ verlangt, fl. p. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 371 verlangt, 365 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 81½ verlangt 80% bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 123 verlangt, 122 bez. — Russische Imperials fl. 10.25 verlangt, fl. 10.10 bezahlt. — Napoleon d'ors fl. 9.96 verlangt, 9.82 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 5.82 verlangt, 5.74 bezahlt. — Vollwichtige österr. Land-Dukaten fl. 5.90 verlangt, 5.82 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100% verl., 100% bezahlt. — Galiz. Pfandbriefe nebst 1. Coupons im österr. Währung 82 verl., 81 bezahlt. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Convent.-Münz. fl. 85% verlangt, 84% bezahlt. — Grundentlastungs-Obligatio- nen in österr. Währ. fl. 75 verl., 74½ bezahlt. — National- Anleihe von dem Jahre 1834 fl. österr. Währ. 83½ verlangt 82½ bezahlt. — Aktien der Karl-Ludwigsbahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währung 229½ verl., 227½ bezahlt. | | |
| Lottoziehung in Lemberg vom 4. October. 43. 56. 66. 40. 68. Die nächsten Biehungen am 15. und 25. October 1862. | | |
| <h3>Neueste Nachrichten.</h3> <p>Turin, 5. Oct. Die „Discussione“ dementirt das Gerücht über die bevorstehende Auflösung der Kammer, mit dem Lemeren, das Ministerium beabsichtige vielmehr das Parlament im November einzuberufen.</p> <p>Abends. Der König hat das Amnestie-Decret für alle bei den letzten Ereignissen compromittirten Personen unterzeichnet. Die Deserteure der Armee sind usgeschlossen.</p> <p>Ein Telegramm des „Botschafter“ aus Semlin, 5. October meldet: Der englische Botschafter Sir H. Bulwer ist heute früh von Belgrad abgereist. Der Ferman der Pforte in Betreff der Pacificirung Serbiens wird durch den Pascha-Gouverneur morgen publicirt. Die Barrikaden werden bereits abgetragen.</p> <p>Aus Newyork vom 24. v. Mts. wird berichtet, daß es den Unionisten bis jetzt noch nicht gelückt sei, den Potomac bei Sheppardstown in Virginien zu überschreiten, daß sie vielmehr bei jedem Versuche zurückgeworfen worden seien. Das Congresstmitglied Foote hat im Congresse der Südstaaten den Antrag gestellt, daß, da die von den Conföderirten bereits erlangten Vortheile es gestatten, die Regierung Commissäre nach Washington senden möge, um unter ehrenhaften Bedingungen den Frieden anzubieten. — Der Gouverneur von Newyork hat in einer Proclamation eine Conscription von 4000 Mann für den 10. December angeordnet.</p> <p>Aus Newyork vom 25. v. Mts. wird gemeldet, daß der Präsident Lincoln die Habeascorpus-Akte aufgehoben, und in allen Vereinstaaten die Anwendung des Kriegsgesetzes gegen solche Personen angeordnet habe, die der Rebellion Vorschub leisten oder bei Veränderung der Conscription betroffen werden.</p> <p>Nach Berichten aus Newyork vom 26. v. Mts. haben die Unionisten Virginien noch nicht passirt und glaubt man, daß ein Versuch McClellans, den Potowmac zu überschreiten, einen Kampf herbeiführen werde. Die Conföderirten behaupten die Linie am oberen Potomac und haben die Eisenbahn nach Harpers Ferry zerstört. Die Armee des Generals Buell ist vor Louisville eingetroffen. Man glaubt dessen ungeachtet, daß die Stadt dem Angriffe der Conföderirten widerstehen werde.</p> <p>Berichte aus Newyork vom 23. v. M. melden, daß das Gerücht, die Unionsarmee hätte den Potomac bei Williamsport eilig überschritten, die General Heintzmann und Sigel seien in Virginien geblieben, um den Rückzug der Conföderirten zu verhindern, sich nicht ganz bestätigt habe. Der General der Conföderirten, Bragg, hat Louisville eingeschlossen und man erwarte dessen Angriff. Der Commandirende in der Stadt laubte dem Angriff widerstehen zu können. Eine Proclamation Lincolns erklärt, daß, wenn der Krieg fortduere, er dem Congresse Maßregeln vorschlagen werde, durch die den Staaten, welche die Sklaverei abschaffen wollen, eine Geldhülfe geleistet werden solle. Die Anstrengungen zur Colonisation der Neger werden fortduern. Lincoln hat sich überdies dahin entschlossen, daß mit dem nächsten ersten Januar die Slaven in den insurgenirten Staaten für immer frei sein sollen.</p> <p>Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Bozek.</p> <p>Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 6. October.</p> <p>Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Josef Swiatkowski, Lucian Boguslawski, Artur Tarczynski, Artur Sydlowski, Karl Bronikowski a. Polen.</p> <p>Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Ladislaus Zamrocki a. Rusland. Josef Pogłodowski, Ladislaus Pasocki, Stefan Graf Tarnowski nach Galizien. Teofil Trzebiński n. olen.</p> | | |

Blatt.

N. 45773. **Kundmachung.** (4208. 2-3)

Zur Verleihung der erledigten Geldsubvention jährlicher zweihundert (200) Gulden ö. W. aus dem westgalizischen Landesfonds für Civilschüler am Wiener Thierarznei-Institut während der Studiendauer vom 1. October 1862 angefangen wird hiermit der Concurs ausgeschrieben.

Die Bewerber haben ihre Gesuche mit den Documenten über die erfolgte Aufnahme in den thierärztlichen Studiencurs am Wiener Thierarznei-Institut, mit dem Impfungs- und Mittellosigkeits-Zeugnisse, dann mit dem eigenhändig ausgesertigten Reverse zu belegen, daß sie nach Erlangung des Diploms eines Thierarztes am gedachten Institute als solche durch acht Jahre in den westlichen Kreisen Galiziens nämlich Krakau, Wadowice, Bochnia, Tarnów, Rzeszów und Sandec jedoch mit Auschluß der Stadt Krakau sich verwenden wollen, ausgenommen den Fall einer öffentlichen Anstellung in den anderen Kreisen Galiziens oder in einem anderen Kronlande.

Hiebei sollen Landeskinder den Vorzug haben, falls solche sich nicht bewerben, kann diese Subvention auch Schülern, welche andern Kronländern angehören, verliehen werden, wenn sie der Landessprache mächtig sind, oder sich verpflichten während des Subventionsgenusses die legal nachgewiesene Sprachkenntniß sich eigen zu machen.

Zur Reise von Wien nach Galizien wird dem betreffenden Böblingen nach erlangtem Diplome ein Reisepauschale von 60 fl. ö. W. aus dem Landesfond angewiesen werden.

Die diesfälligen Competenzgesuche sind, verschen mit den erwähnten Belegen bis Ende November 1862 bei der k. k. Statthalterei in Lemberg einzubringen.

Bon der k. k. galizischen Statthalterei.

Lemberg, am 1. September 1862.

N. 54773. **Obwieszczenie.**

Dla nadania opróżnionej pieniężnej subwencji rocznych dwiescie (200) złotych wal. aust. z zachodnio-galicyjskiego funduszu krajowego dla cywilnych uczniów przy Wiedeńskim instytucie weterynaryjnym podczas trwania studyów zacząwszy od dnia 1 października 1861 rozpisuje się niniejszym konkurs.

Starający się zaopatrzyć mają swoje podania w dokumenta co do nastąpionego przyjęcia na weterynaryjny kurs studyów przy Wiedeńskim instytucie weterynaryjnym, dalej w świadectwa co do szczepionej ospy i ubóstwa niemniej w wystawiony własnoręcznie rewers, że po otrzymaniu dyplomu lekarza weterynaryjnego przy powyższym instytucie, czynnym będzie przez osiem lat w zachodnich obwodach Galicyi, a mianowicie: Krakowie, Wadowicach, Bochni, Tarnowie, Rzeszowie i Sączu jednak z wyłączeniem miasta Krakowa i z wyjątkiem jeżeli otrzymał publiczną posadę w innych obwodach Galicyi albo innym kraju koronnym.

Przy tem dzieci krajowców mieć będą pierwszeństwo, jeżeliby zaś tacy nie ubiegali się, subwencja ta może być nadana także uczniom należącym do innych koronnych krajów jeżeli władają językiem krajowym, albo obowiązują się, przywłaszczyć sobie podczas używania subwencji legalnie udowodniona wiadomość języka.

Na podróz z Wiednia do Galicyi wyznaczy się odnośnemu uczniowi po otrzymaniu dyplому kwotę 60 zł., z funduszu krajowego.

Odnosne podania, zaopatrzone w powyższego dokumenta mają być wniesione do końca listopada 1862 do ces. kr. Namiestnictwa we Lwowie.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 1 września 1862.

L. 925 jud. **E dyk t.** (4185. 3)

C. k. Urząd powiatowy spadkobiercom zmarłego Błażeja Karnio wiadomo czyni, że Mateusz Kot przeciw Maryannie Karnio i spadkobiercom Mary Kot względem ustąpienia posiadania gospodarstwa rustykalnego w Przebierzanach pod Nr. 12 położonego pod dniem 24 kwietnia 1862 powinny wyciągnąć w skutek czego do ustnego postępowania termin na dzień 10 listopada 1862 ustanowionym zostało.

Gdy spadkobiercy Błażeja Karnio sądowi z imienia ani miejsca pobytu są niewiadomi, to dla nich na ich koszt i szkodę ustanowiono za kuratora Jana Wicha, z którym ten proces przeprowadzony zostanie.

Przeto nieobecnych i nieznanych spadkobierców się upomina, aby do terminu sami się stawiły, lub ustanowionemu dla nich kuratorowi dokumentu do ich obrony służyć mające wcześniej wyciągnięty, lub sobie innego obrońce ustanowili, albowiem skutki niedostatecznej ich obrony sami właściemu przewinięciu przypisać będą winni.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sąd.

Wieliczka, dnia 6 maja 1862.

L. 14720. **E dyk t.** (4199. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem leżącą masę Augustyny z Kołowskich Weissowej, a właściwie z miejsca pobytu i imienia niewiadomych sukcesorów i prawonabywców, że przeciw nim pp. Jan i Olimpia Górkiewiczowie o zniesienie współwłasności dóbr Marcówka przez publiczną sądową sprzedaż pod dniem 3 sierpnia 1862 do l. 14720 wniesli pozew

w załatwieniu tegoż pozwu uchwała w dniu dzisiejszym zapadła, termin do ustnego postępowania na dzień 25 listopada 1862 o godzinie 10 ó. przedpołudniem wyznaczonym zostało.

Gdy miejsce pobytu i imienia pozwanych sukcesorów i prawonabywców leżącej masy tej wiadomo nie są, przeto e. k. Sąd krajowy w celu zastępowania nieobecnych jak również na koszt i niebezpieczeństwo tyczącego adwokata p. Dra Balko z zastępstwem adwokata p. Dra Zuckera kuratorem ustanowił, z którym spór wyciągnięty według postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwany, aby w zwyczaju oznaconym czasie albo samostaneli, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielić, lub wreszcie innego obrońce sobie wybrać i o tem e. k. Sądowi krajowemu doniesić w ogóle zaś aby wszelkich możliwych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym, wynikle z zaniedbania skutki sami sobie przypisać musieli.

Kraków, dnia 10 września 1862.

N. 5176. **Kundmachung.** (4183. 3)

Vom k. k. Bezirksamt Biala wird bekannt gemacht, daß zur Sicherstellung der Versorgung der hieramtlichen Häftlinge in der Zeit vom 1. November 1862 bis dahin 1863 eine Licitations-Verhandlung am 13. October 1862 Vormittags 10 Uhr hierauf stattfinden wird:

Die Fixalpreise betragen:

A. bei gefunden Arrestanten täglich für eine Portion ohne Brot:

1. Für einen Inquisiten 10 $\frac{2}{3}$ fl. kr. ö. W.
2. Für einen Straßling 1. Grades 11 $\frac{5}{6}$ fl. kr. "

3. " " 2. " 9 $\frac{7}{9}$ fl. kr. "

4. eine Portion Strohbrot von 1 $\frac{1}{2}$ " 7 $\frac{3}{8}$ fl. "

Wiener Pfund ohne Unterschied 7 $\frac{3}{8}$ fl. "

B. bei kranken Arrestanten:

a) bei ganzer Portion 19 $\frac{18}{16}$ fl. kr. ö. W.
b) bei halber " 15 $\frac{65}{16}$ fl. kr. "

c) bei drittel " 20 $\frac{15}{16}$ fl. kr. "

d) bei viertel " 11 $\frac{101}{16}$ fl. kr. "

e) bei Diät " 8 $\frac{45}{16}$ fl. kr. "

Der tägliche Arrestantenstand ist durchschnittlich 12 Köpfe. Das Badium beträgt 50 fl. ö. W.

Die näheren Bestimmungen über die Art der Versorgung und die Beschaffenheit der Verpflegungskartikel können hierauf genommen werden.

Vom k. k. Bezirksamt.

Biala, am 25. September 1862.

3. 57268. **Kundmachung.** (4210. 1-3)

Laut Eröffnung der k. k. Direction der Staatschule vom 2. 1. M. 3. 3065 sind bei der am 1. September d. J. in Folge der A. h. Patente vom 21. März 1818 und 23. December 1859 vorgenommenen 364. und 365. Verlosung der älteren Staatschuld die Serien 307 und 406 gezogen worden.

Die Serie 307 enthält Obligationen des vom Hause Goll aufgenommenen Antehens im ursprünglichen Zinsfuß von 4% u. j.:

Lit. G. von Nr. 801 bis inclusive 1000
" A. " 4293 " " 5143 und
" D. " " 1 " " 563 im

Gesammtkapitalsbetrag von 1.256,800 fl.

Die Serie 406 enthält steirisch-ständische Aerarial-Obligationen für gezwungene Kriegsdarlehen, im ursprünglichen Zinsfuß von 5% und zwar von den Zinsenterminen Jänner und Juli von Nr. 16957 bis incl. Nr. 17217, von den Zinsenterminen April und October von Nr. 2 bis incl. 16009 und die kärnthnerisch-ständischen Aerarial-Obligationen, im ursprünglichen Zinsfuß von 3 $\frac{1}{2}$ % von Nr. 2 bis einschließlich 229 im Gesamtkapitalbetrag von 994,015 fl. 25 kr.

Diese Obligationen werden nach den Bestimmungen des h. Patentes vom 21. März 1818 auf den ursprünglichen Zinsfuß erhöht und infolge dieser mit 5% Conv.-Mz. entfällt, nach dem mit der Kundmachung des h. Finanz-Ministeriums vom 26. October 1858 (R. G. B. Nr. 190) veröffentlichten Umstellungs-Mäßtage in 5% auf österr. Währ. lautende Staats-Schulverschreibungen umgewechselt.

Für jene Obligationen, welche in Folge Verlosung zur ursprünglichen, aber 5% nicht erreichen Verzinsung gelangen, werden auf Verlangen der Partei nach Maßgabe der in der erwähnten Kundmachung enthaltenen Bestimmungen 5% auf österr. Währ. lautende Obligationen erfolgt.

Von der k. k. galizischen Statthalterei.

Lemberg, am 14. September 1862.

N. 57268. **Obwieszczenie.**

Według oznajmienia c. k. dyrekcji dłużu państwa z dnia 2go b. m. 1. 3065 wyciągnięte zostały przy teraźniejszym na dniu 1go września b. r. na mocy najwyższych patentów z dnia 21 marca i 23 grudnia 1859 przedsięwziętem 364tem i 365tem losowaniu dawniejszego dłużu państwa serii 307 i 406.

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem leżącą masę Augustyny z Kołowskich Weissowej, a właściwie z miejsca pobytu i imienia pozwanych sukcesorów i prawonabywców, że przeciw nim pp. Jan i Olimpia Górkiewiczowie o zniesienie współwłasności dóbr Marcówka przez publiczną sądową sprzedaż pod dniem 3 sierpnia 1862 do l. 14720 wniesli pozew

Sery 307 zawiera obligacje podjęte przez dom Golla pożyczki po pierwotnej procentowej stopie 4%, jakoto:

Lit. G. od nro. 801 włącznie do 1000,
" A. " 4293 " " 5143 i
" D. " " 1 " " 563

w ogólnej kwocie kapitału 1.256,800 zł.

Sery 406 zawiera styryjsko-stanowe erarialne obligacje przymusowej pożyczki wojennej po pierwotnej procentowej stopie 5%, jakoto: z procentowych terminów: styczeń i lipiec od nro. 16957 włącznie do nro. 17217, z procentowych terminów: kwiecień i październik od nro. 2 włącznie do 16009 i karycko-stanowe erarialne obligacje po pierwotnej stopie procentowej 3 $\frac{1}{2}$ od nro. 2 włącznie do 229 w ogólnej kwocie kapitału 994,015 zł. 25 kr.

Te obligacje podwyższone zostaną według postanowień najwyższego patentu z dnia 21 marca 1818 do pierwotnej stopy procentowej, a jeśli ta stopa wyniesie 5% mk., wymienione będą według owej obwieszczenia wys. ministerstwa finansów z dnia 26 października 1858 l. 5286 (Dziennik ustaw państwa nr. 190) ogłoszoną skali obliczenia na 5% na austriacką walutę opiewającą obligację dłużu państwa.

Za te obligacje, które w skutek wylosowania wracają do pierwotnej, 5%, jednak nie wynoszącej stopy procentowej, wydawane będą na żądanie stron, według postanowień zawartych w powyższej przytoczonej obwieszczeniu, 5% na austriacką walutę opiewającą obligacje.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.
Lwów, dnia 14 września 1862.

N. 56381. **Kundmachung.** (4159. 4)

Auf Grundlage der zu Folge Allerhöchsten Entschließung vom 5. Jänner 1850 erlassenen provisorischen Ministerial-Verordnung vom 16. Jänner 1850 (R. G. B. Nr. 63) wegen Einführung von Staatsprüfungen für selbstständige Forstwirthe und für das Forstschul und zugleich technisches Hilfspersonale, wird in Gemäßigkeit des Erlasses des hohen k. k. Ministeriums für Handel und Volkswirtschaft vom 28. August 1862 l. 6071/55 und im Nachhange zu den hierortigen Kundmachung v. 26. April 1862 l. 27003 zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Staatsprüfungen für beide obgedachte Kategorien des Forstpersonals für den Umfang dieses Statthalterei-Gebietes am 13. October 1862 und den nächstfolgenden Tagen in Lemberg abgehalten werden.

Diejenigen Kandidaten, welche sich einer dieser Prüfungen unterziehen wollen, haben sich zeitgemäß unter Vorweisung der hierzu erhaltenen Bewilligung, dann eines die Identität ihrer Person bestätigenden Gelehrteines und der Bestätigung über die bei der hiesigen k. k. Landeshauptkasse berichtigen Prüfungstage, bei dieser k. k. Statthalterei zu melden.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 10. September 1862.

N. 56381. **Ogłoszenie.**

Na podstawie prowizorycznego rozporządzenia ministerialnego z dnia 16 stycznia 1850 (D. Rz. P. Nr. 63) wydanego w skutek najwyższej uchwały z dnia 5 stycznia 1850 tyczącej się egzaminów rządowych dla samoistnych leśniczych i niższych nadzorców leśnych, a oraz pomocników w czynnościach technicznych, podaje się stogólnie do reskryptu wysokiego c. k. Ministerstwa handlu i gospodarstwa krajowego z dnia 28 sierpnia 1862 l. 6071/55 i dodatkowo do tutejszego obwieszczenia z dnia 26 kwietnia 1862 do l. 27003 do wiadomości powszechniej, że egzamina rządowe dla obu wspomnionych kategorii leśniczych w okresie tutejszego Namiestnictwa dnia 13-go i wnastępnych dniach października 1862 we Lwowie odbywać się będą.

Zyczący sobie poddać się jednemu z tych egzaminów, mają się wcześniej zgłosić do tutejszego c. k. Namiestnictwa z okazaniem otrzymanego na to pozwolenia, tudzież certyfikatu wykazującego tożsamość osoby i potwierdzenia względem złożonej w tutejszej c. k. głównej kasie krajowej przepisanej taksy.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 10 września 1862.

N. 13933. **E dict.** (4191. 3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird bekannt gemacht, daß der mit dem Erlass vom 10. Mai 1859 l. 5834 über das sämmtliche Vermögen des David Rosner eröffnete Concurs über einverständliches Begehren sämmtlicher angemeldeten Kridagläubiger als aufgehoben erklärt wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnów, am 17. September 1862.

Warnung!
Zwei Stück Credit-Lose</